

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. Im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Kreisband besorgt für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Katalog-Kaufschlag, der Betrag für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktionen, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-7.

Die achtzehnjährige Kumpferknechtin aber deren Name kostet 5,- M. einschließlich Kumpferknecht. Keine Anzeigen! Das festschreibende Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Kumpferknecht. Einzelne Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Gebrauchs-Anzeigen 1,20 M. unter zwei Zeilen. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festschreibende Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Betriebsleiter: Zentrum 2030, 2045, 4516 4602, 4635, 4642, 4621.

# Die Welt

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Angst der Radauhelden

### Ein Rückzug

Während der größte Teil der rechtsstehenden Presse die Radauhelden in der Lehrerversammlung gegen Dr. Löwenstein mit grinsendem Behagen wiedergegeben hat, bekommen ihre klügeren Elemente jetzt doch Angst, daß diese Radaupolitik für sie selbst unangenehme Folgen haben könnten. Diese Angst hat bei der „Kreuzzeitung“ folgenden Tadel hervorgerufen:

Wir bedauern lebhaft, daß Dr. Löwenstein durch Sprengung der Versammlung am Reden verhindert worden ist. Das heißt doch den kritischen Sinn der Lehrerschaft recht niedrig einschätzen. . . . War es also schon aus den in der Sache selbst liegenden Gründen unzweifelhaft grundförmlich aufschärfte verurteilen. Sie verrät kein großes Vertrauen in die überzeugende Kraft der eigenen Sache und würde, wenn in der Großstadt allgemein eingeführt, die Abhaltung nationaler Versammlungen zum mindesten nicht erleichtern. Auch ist es falsch, die politische Energie auf Irrwege abzulenken. Manche Leute mögen sich ja wundern wie groß vorzukommen, wenn sie mit Haus-Schüsseln und anderen Parainstrumenten wirksam gegen unlesbare Redner operieren haben. In Wahrheit ist die politische Leistung, die sie damit vollbracht haben, herzlich gering, und die nationale Bewegung tut gut, sich solche Radaupolitiker mit aller Entschiedenheit vom Leibe zu halten.

Trotz dieser scharfen Beurteilung der Radauhelden, die politischen Debatten mit Hauschüsseln zu fördern glauben, werden die Deutschnationalen die Verantwortung für diese Szenen nicht los.

Uns scheint übrigens nur wenig Veranlassung vorzuliegen, die ganze Hege noch sehr ernst zu nehmen. Aus einem Artikel der „Berliner Börsenzeitung“ geht hervor, daß die reaktionären Lehrkreise ihre ursprüngliche Absicht, offene Resistenz zu üben, d. h. in den Streit zu treten, bereits jetzt fallen gelassen haben. Dagegen sei es schon als „förmlich“ anzusehen, daß die „gemeine“ Elternschaft der höheren Schulen und der größere Teil der Elternschaft der Gemeindeschulen ihre Kinder vom Unterricht fernhalten würde. Die beiden sozialistischen Parteien können diesen Drohungen mit aller Ruhe entgegensehen. Sie können das um so eher, als keine Rede davon sein kann, daß auch nur ein irgendein in Betracht kommender Teil der Elternschaft der Gemeindeschulen an eine solche Absicht denkt.

Diese Einsicht scheinen die reaktionären Herrschaften aber auch selbst zu haben, denn wie aus dem Artikel hervorgeht, legen sie ihre Haupt Hoffnung auf die Nichtbeteiligung Löwensteins durch den Oberpräsidenten. Auch diese Drohung läßt uns vollkommen kalt. Die beiden sozialdemokratischen Parteien sind durchaus bereit, diesen Kampf um die Selbstverwaltung mit dem Oberpräsidenten auszufechten. Wenn Herr Dr. Maier sich die Sache aber ruhig überlegt, dürfte er mit uns vollkommen darin übereinstimmen, wer bei diesem Kampf unter die Räder gerät.

## Die Arbeitslosen-Demonstrationen

Die „F. V. N.“ melden:

„Das Polizeipräsidium hat bisher gegenüber den Demonstrationen der Arbeitslosen weitestgehende Zurückhaltung geübt und die Sicherheitsmaßnahmen angemessen, unter allen Umständen den Gebrauch der Waffe zu vermeiden. In neuerer Zeit aber haben diese Demonstrationen einen Umfang und Charakter angenommen, der die öffentliche Ordnung und Sicherheit rattert. Die Leitung der Arbeitslosenbewegung ist in die Hände unverantwortlicher und gewissenloser Elemente geraten, welche die Arbeitslosen zu allerlei Anzügen auf Gebäude und Fabriken mitreißen.“

Das Polizeipräsidium erachtet es für die Pflicht der gesamten radikalen Parteien, welche die Organisation der Arbeitslosen betreiben und die Arbeitslosenräte ins Leben gerufen haben, nun auch dafür zu sorgen, daß die Bewegung in den Grenzen bleibt, die mit dem öffentlichen Wohle vereinbar sind. Es ist Pflicht der Arbeitslosen und dieser Parteien, sich rechtzeitig die Leute genau anzusehen, welche jetzt die Arbeitslosen führen wollen, und nicht etwa nach geschehenem Unglück das übliche Schrei über Spitzel zu erheben. Man habe im Polizeipräsidium volles Vertrauen für die Not und Erregung der Arbeitslosen, wolle aber natürlich deswegen nicht auf den Schrei der Personen und der für die Allgemeinheit notwendigen Einrichtungen und Unternehmen Verzicht leisten.“

Wir halten die Form und den Inhalt dieser Erklärung des Polizeipräsidiums für wenig glücklich. Das Polizeipräsidium sollte sich nicht nur an die Arbeitslosen wenden, sondern vor allen Dingen an die verantwortlichen Körperschaften der Regierung und an die Unternehmer, um ihnen zu sagen, daß die mangelnde Fürsorge für die Arbeitslosen und die Sabotage der Unternehmer erst die große Leidenschaft bei den Arbeitslosen hervorruft.

Dagegen besteht in der Arbeiterschaft völlige Übereinstimmung, daß die planlosen Demonstrationen und die Einzelakte, die jetzt vielfach von den Arbeitslosen vorge-

nommen werden, durchaus kein Mittel sind, das den Arbeitslosen irgendwie hilft. Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, daß die Berliner Gewerkschaftskommission größere Aktivität entfaltet und dafür sorgt, daß die Führung der Arbeitslosen in den Händen von Personen bleibt, die sich der großen Verantwortung gerade gegenüber den Arbeitslosen voll bewußt sind.

## Rücktritt des Finanzministers?

Wie gemeldet wird, steht der Rücktritt des Reichsfinanzministers Dr. Wirth bevor. Die Ursache soll die Unmöglichkeit sein, gewisse Finanzreformen in seinem Sinne durchzuführen.

Sollte die Nachricht zutreffen, so wäre sie durchaus begründet. Denn das Finanzministerium, von dessen Energie und Entschlossenheit außerordentlich viel abhängt, hat unter der Leitung Dr. Wirths vollständig versagt. Unter seiner Ministerkassette fiel dieses Amt wieder in den Zustand jener katastrophalen Lethargie zurück, in dem es unter den Herren Schiffer und Dernburg verharret hatte und aus dem es nur die große Energie und Rücksichtslosigkeit Erzbergers für einige Zeit herausgerissen hatte. Dr. Wirth erwies sich als unfähig, die Widerstände, die in diesem Amt gegen die Durchführung der Besteuerungen und der neuen Organisation der Steuererhebung vorhanden sind, mit der nötigen Entschiedenheit zu brechen. Statt für die Durchführung der beschlossenen Gesetze zu sorgen, glaubte Dr. Wirth, nach neuen Steuerplänen Umschau halten zu können, und vergaß, daß dafür keine Zeit mehr ist. Statt sich zu sagen, daß selbst technisch schlechte Steuern besser seien als keine, ließ er es zu, daß die Erhebung der Besteuerungen immer wieder hinausgeschoben wurde. Die Folge ist die ungeheure Vermehrung der schwebenden Schulden, die wachsende Notensut und das neue Sinken der Mark. So hinterläßt Dr. Wirth ein völlig zerrüttetes Erbe, und je länger dieser Zustand dauert, desto geringer werden die Aussichten auf die Heilungsmöglichkeit.

## Die Reichstagswahlen in Schweden

Stockholm, 17. September.

Von den 120 Mandaten in der Zweiten Kammer des Reichstages sind bisher 130 besetzt. Die Konservativen haben 39 Mandate erhalten, 12 gewonnen und 2 verloren. Die beiden Bauernorganisationen haben zusammen 14 Mandate erhalten und sechs gewonnen. Die Liberalen haben 26 Mandate erhalten, 4 gewonnen und 13 verloren. Die Sozialdemokraten, die 51 Mandate besetzt haben, haben 3 gewonnen und 9 verloren. Die Linksozialisten, die der dritten Internationale nahesteht, haben kein Mandat erhalten und 2 verloren.

## Der Arbeiterkampf in England

London, 18. September.

Wie verlautet, hat die Föhung der Steinkohlenpreise in England eine unglückliche Wendung genommen. Man setzte auf die Besprechung zwischen dem Volksgesandten und Robert Herne große Erwartungen, aber die Beratung wurde nach einer halben Stunde abgebrochen und bis Montag vertagt, ohne daß ein Ergebnis erzielt wurde. Smillie erklärte, daß die Minenarbeiter seinerzeit Vorschläge besprechen wollen, ehe eine Lohnforderung um zwei Schilling pro Schicht bewilligt wird.

## Eine französische Gewerkschaftsaktion

Für die Einreise der russischen Delegierten

Paris, 18. September.

Die C. G. T. (Confederation Generale du Travail) hat an Millerand das Ersuchen gerichtet, die russische Syndikalistische Delegation in völliger Freiheit ihre Untersuchungsmission in Frankreich beenden zu lassen, mit der sie vom russischen Proletariat beauftragt wurde. Die C. G. T. bittet weiter, die syndikalistische Delegation zum Kongreß in Orleans zuzulassen.

## Um die Betriebskontrolle in Italien

Mailand, 17. September.

Gestern nachmittag trat der Rat des Bundes der Industriellen zusammen. Es waren mehr als 200 Delegierte anwesend, die 20.000 Unternehmen vertreten. Die Frage der Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter wurde eingehend erörtert. Die Versammlung nahm eine Tagesordnung an, welche besagt, daß die Kontrolle nicht die Beherrschung einer Klasse durch die andere bedeuten dürfe. Eine zweite Tagesordnung fordert, daß vor der Annahme der Kontrolle die Räumung der von den Arbeitern besetzten Betriebe stattfinden müsse. Der Präsident des Bundes der Industriellen hat sich nach Rom zu Besprechungen mit Solitti begeben.

## Die verkappte Mietsteuer

Am 29. Juli dieses Jahres ist vom Reichsarbeitsministerium dem Reichstag der Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vorgelegt worden, der in Wirklichkeit eine verkappte Mietsteuer darstellt und mit einem Schlage alle Mieten, ohne Rücksicht auf die Wohnräume oder Bewohnerzahl, um 30 Prozent verteuert. Die Hälfte dieser von den Ländern zu erhebenden Abgabe soll dem Reiche, die andere Hälfte den Ländern und Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbaues zugeführt werden. Ausgenommen von dieser Abgabe sind nur in öffentlichem Dienste stehende Gebäude, Kirchen, Kapellen, sowie Gebäude milder Stiftungen, wie Berufs- und Wohltätigkeitsanstalten. Erhöhen wird die Abgabe vom Mieter, bzw. dem zum Gebrauche der Wohnungs- oder Ladenräume, Gebäude usw. Berechtigten.

Diese Vorlage ist keineswegs neu. Schon unter Schiller hatte das Reichsarbeitsministerium dem Reichstag einen Entwurf vorgelegt, der aber in einigen Punkten von dem neuen Entwurf abwich. So sah er zunächst nur eine Abgabe von 15 Prozent vor, erkannte aber den Gemeinden ausdrücklich das Recht zu, mit Zustimmung der obersten Landesbehörde je nach Zweckbestimmung oder Benutzung der Gebäude oder Gebäudeteile, insbesondere bei Wohnungen nach Zahl der Räume oder Anzahl der Bewohner eine gestaffelte Erhöhung einzutreten zu lassen. Ebenso war es den Genannten überlassen, unter Zustimmung der obersten Landesbehörde, der Leistungsfähigkeit der Bewohner besonders Rechnung zu tragen oder eine Grenze für den keiner Abgabe unterliegenden Nutzwert festzusetzen.

So wenig diese Bestimmungen auch eine soziale Handhabung des Gesetzes gewährleisten und so unverbürgt es auch noch war, daß einzelne Gemeinden die zugesagte Staffelung zu einer nennenswerten Luxussteuer umformten, so unarmherzig verfielen auch diese Gesetzesklauseln der Zensur des Reichstags, der keineswegs einen neuen Entwurf ohne diese Bestimmungen unterbreitete. Als Abgabe waren in diesem Entwurf zunächst nur 10 Prozent des Mietwertes festgesetzt. Den Gemeinden sollte aber bei Zustimmung der Landesbehörden das Recht zustehen, allgemeine Zuschläge zu dieser Abgabe zu erheben. (Keine Staffelung!) Unter Umständen sollte ihnen diese Zuschlagserhebung von den Landesbehörden sogar zur Pflicht gemacht werden können.

Das rasche, durch den Rapp-Busch beschleunigte Ende der Nationalversammlung, hat die Behandlung der beiden Entwürfe durch die Nationalversammlung unmöglich gemacht. Daher hat nun das Reichsarbeitsministerium dem Reichstag einen neuen Entwurf vorgelegt, der schier reiflos auf dem reichsrätlichen Entwurf fußt, aber als Abgabe insgesamt dreißig Prozent des Mietwertes vorsieht.

Die Begründung hebt folgende Gedankengänge hervor: Die Wohnungsnot wird in Land und Stadt immer empfindlicher. Die bisher getroffenen Bestimmungen über die zwangsweise Zuweisung von Wohnungen beseitigen die Uebelstände nicht. Nur kräftig betriebener Neubau von Wohnungen vermag das Elend nennenswert zu mildern. Durch die allgemeine wirtschaftliche Zerrüttung ist der Wohnungsneubau auf gewerbewirtschaftlicher Grundlage unmöglich geworden. Die Förderung des Wohnungsbaues wird daher eine Pflicht der Gesellschaft. Sie hat öffentliche Mittel hierfür bereit zu stellen und den Neubau durch Zuschüsse zu fördern. Eine Deckungsmöglichkeit für die notwendigen Beträge wird in der Tatsache gesehen, daß die Mieten allgemein bei weitem hinter den Preisen der anderen Lebensbedürfnisse zurückgeblieben sind. Dieses Mißverhältnis wäre auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Bei völlig freier Wirtschaft würden sich die Mieten in den vor dem Kriege und in den ersten Jahren des Krieges erbauten Häusern so lange steigern, bis sie die Höhe erreichten, welche für eine angemessene Verteilung der Kosten für Neubauten ausreichen würden. Das ließe auf eine ebenso beträchtliche wie unverdiente Erhöhung der Miete für die betreffenden Haus- und Grundbesitzer hinaus.

Selbstverständlich verfallen nun die Begründer des Gesetzesentwurfes auf die Idee, diesen Wertzuwachs am besten durch einen Zuschlag auf die Mieten zu erfassen. Dieser Zuschlag, erhoben auf alle vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude, soll dann die Mittel zur Förderung des notwendigen Neubaus ergeben.

Gegen diese Erhebungsmethode unverständlichen Wertzuwachses bei Häusern und Grundstücken muß der nachdrücklichste Protest eingelegt werden, denn sie trifft in allererster Linie nur den Mieter, nicht aber den Hausbesitzer. Der diesem zufallende unverdiente Wertzuwachs würde von dem Gesetze unberührt bleiben. Was den Haus- und Grundbesitzer heute in seinen Besitzrechten beengt, ist nur die bisherige Unmöglichkeit, eine entsprechend dem Wertzuwachs gesteigerte Miete zu kassieren. Es ist aber sehr fraglich, wie lange die Regierung diese Beengung noch aufrecht zu erhalten geneigt bzw. imstande ist. Das Reichsarbeitsministerium selbst schreibt in seiner Begründung des



Entwurf: „Die wirtschaftliche Gesamtwirtschaft drängt dahin, die Wohnungsmieter der allgemeinen Preisentwicklung anzupassen.“ Wer dahin drängt, sind in erster Linie die Haus- und Grundbesitzer und wie ohnmächtig die Mietelingsämter gegen deren Ansturm sind, das gibt die Begründung ebenfalls zu. Sieht es darin doch: Trotz der Vorschriften zum Schutze der Mieter ist bereits in zahlreichen Fällen unter dem Druck der allgemeinen Wohnungsnot eine Steigerung der Mieten über das von den Einigungsämtern zugelassene Maß hinaus erfolgt. Die Erhebung eines Zuschlags auf die Mieten für Reich und Gemeinen würde selbstredend keinerlei Vorbeugungsmittel gegen neue Mieterhöhungen durch die Hausbesitzer darstellen. Gelting ist diesen vielmehr, die heutigen Beengungen zu sprengen, so werden sie die Mietpreise nicht nur der heutigen Teuerung anpassen, sondern darüber hinaus noch die vom Reich an dem vorliegenden Gesetzesentwurf geplante Abgabe ganz dem Mieter überlassen.

Außerdem müssen gegen diesen Gesetzesentwurf die schärfsten gesundheitslichen Bedenken erhoben werden. Die Wohnungssuchenden würden zu weiterer Einschränkung ihrer Wohnungsbedürfnisse gezwungen werden. Die Abgabe würde also, wie in der Entwurfsbegründung zugegeben wird, dem Gedanken der modernen Wohnungsfürsorge direkt entgegenwirken. Wenn es in der Begründung dann weiter heißt: „Es muß leider offen anerkannt werden, daß die Bestrebungen der modernen Wohnungsfürsorge bei der heutigen außerordentlichen Notlage und den völlig veränderten Verhältnissen nicht mehr machbar sein können“, so liegt darin das Eingeständnis des völligen Bankrottes unseres Wohnungswesens überhaupt und es ist geradezu ein Wahn, wenn man sich nur dadurch von dem Schlimmsten bewahren zu können glaubt, daß man der breitesten Masse des Volkes ohne Unterschied und ohne Abstufung nach Leistungsfähigkeit eine neue Auflage von 30 Prozent des Mietpreises macht!

Dabei ist es noch sehr fraglich, ob wirklich mit den auf diese Weise geschaffenen Mitteln ein Wert von dem Gebiete des Wohnungsbauwesens erreicht würde. Das ist, wie die Dinge heute liegen, so gut wie ausgeschlossen. Das liegt zunächst an der ungeheuren Teuerung für Holz, Eisen, Frachten usw. begründet, andererseits darin, daß die Regierung verabsäumt hat, in das Baugeschäft bestimmend einzugreifen. Viele Fabriken — vor allem Ziegeleien — sind geschlossen worden, weil deren Betrieb keine Dividende mehr abwarf und weil die Fabrikhaber mehr Gewinn von einem Wertzuwachs ihrer Lager als von der Weiterführung der Produktion erwarteten.

Wenn schon sowohl Reichsbauministerium wie Reichsrat zu der Überzeugung gekommen sind, daß „der Wohnungsbau auf privatwirtschaftlicher Grundlage unmöglich geworden ist“, so müssen hieraus die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Der in dem vorliegenden Gesetzesentwurf gewiesene Weg ist ungangbar und die Hoffnung, durch Reichszuschüsse den Wohnungsbau ohne tiefgehende Einschnitte in die heutige Privatwirtschaft heben zu können, eine verhängnisvolle Illusion. Dem Proletariat, das schon unter der bisherigen erdrückenden Steuerlast leidet und das, würde damit ein neuer Peinlichkeitsverleht werden, Anscheinend wollen es die Gesetzgeber mit dem durch die Reichseinkommen- und Umsatzsteuer begangenen Ueberfall auf die Taschen des Proletariats noch nicht bewenden lassen, sondern ihm auch nun die letzte Luftzufuhr abschneiden. Es versteht sich von selbst, daß unsere Forderung im Reichstag einen solchen Gesetzesentwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen wird. Sie würde nur einem Gesetze zustimmen können, das kleine und mittlere Wohnungen überhaupt ausnimmt, hingegen bei Luxuswohnungen eine scharfgestaffelte Besteuerung vorzieht. Ein solches Gesetz hatten wir sogar heute für gar nicht ungeschicklich.

## „Bei den Unabhängigen in Deutschland“

Unter diesem Titel veröffentlicht Genosse Marcel Cachin in der „Humanität“ vom 13. September die folgenden Ausführungen: „Die bürgerliche Presse Frankreichs, wie diesseitige Deutschlands, hat den Erklärungen von Dittmann und Crispian auf der letzten Reichskonferenz der Unabhängigen Partei reiches Lob gespendet.“

## Strindbergs „Brandstätte“

(Kammerstückhaus.)

In der „Brandstätte“ eines Hauses, die der Schauplatz des Strindbergschen Kammerstücks ist, sehen wir die Trümmerstätte einer verfallenen Welt. Schon vor dem großen Völkermorden empor sich Strindberg angefaßt dieser Menschheit der Schmelze. Es ist ein suchbares Geschlecht. Man müßte ein Schwein sein, um in dem Schmelze zu gedenken. Und über die Trümmer der Brandstätte wandelt wie Thasos der ruhelose „Fremde“, hat in den granitartigen Zusammenbruch und leucht: „Es ist über alle Beschreibung schmerzhaft zu leben.“ Man müßte der ganzen Menschheit einen Strich um den Hals legen. Aber noch aus der düsteren Anklage läßt man das Bekannte des Dichters, er habe mehr darunter gelitten zu klagen als gelassen zu werden. Sein Herz leidet aus verzweifelter Liebe. Nie hätte er mehr gelitten, als im Jahre 1907, da er aus der Hölle eines Innern mit blutenden Händen keine fünf Kammerstücke schuf, von denen das letzte ihm selbst so entsetzlich war, das er es verbrannte. Die Welt war ihm ein Durcheinander von Lügen und Irrsinnern, ein böser Spul und arger Humbug. Und so fand in der „Brandstätte“ gleichermaßen die Weisen und die Toren Verfallerscheinungen, Gespenster, die auf den Ruinen umgehen, wie Sumpfböden dem Morast entseigen, und die Betrogenen dünken ihm immer auch gleichzeitig Betrüger im Großen wie im Kleinen. Die einzige Erhellung in diesem Jammer ist der Ausblick, der sich, wenn auch schwach am Ende auftut, wenn der „Fremde“ auf die Frage der Frau, was soll ich tun, antwortet: „Aushalten! Das Leid geht vorüber. Leb! Aber es hoff!“ Hier dämmert also aus dem tiefsten Irrsinn, aus der Weltverlorenheit, aus der leer gebrannten Stätte dem Dichter dennoch das Gegenmittel der Resignation, sich herauszulassen zu lassen. Und wir wissen, daß er in seinen letzten Jahren der sozialistischen Befreiungsarbeit verzehrte und Sozialdemokrat wurde.

Die düsteren Farben des Seelengemäuses wurden in der gestrigen Aufführung im Kammerstückhaus des Deutschen Theaters durch farbige Gewandung und eine phantastisch-expressivistische Dekoration unter der nicht ganz einheitlich durchgeführten Spielleitung von R. A. H. M. A. T. I. N. etwas erhellt. Das Publikum erteilt die gabelstimmte Stimmung der dramatischen Dialoge mit einer Würde, Kangerweile und Gleichgültigkeit. Ein granitartiger Spul ist es ja auch, sich den Dichter vor amüßig-gewöhnlichen, nach modernem Luxus strahlenden Palästen sich verhalten zu lassen. In der nicht gleichmäßigen Darstellung redete sich

Das ist die Strafe für alle diejenigen Sozialisten und Gewerkschaftler, die Partei ergreifen gegen die russische Revolution und auf diese Weise die wenig ehrenvollen Komplimente der Feinde des Proletariats verdienen.

Wir haben in Moskau die Delegation der Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands getroffen, die wie wir gekommen sind, um mit der dritten Internationale über die Ausnahmebedingungen zu verhandeln. Diese Delegation bestand aus vier Mitgliedern, die augenscheinlich weit davon entfernt waren, sich über die Notwendigkeit des Anschlusses zu verständigen. Dittmann und Crispian gehörten der Rechten ihrer Partei an, Däumig und Stöcker dagegen waren diejenigen, die schon auf dem Leipziger Kongress den sofortigen Eintritt der Partei in die kommunistische Internationale gefordert haben.

Wir waren daher nicht erstaunt, aus den Mänteln die Haltung der einen und der anderen nach ihrer Rückkehr nach Berlin zu erfahren. Indessen scheint es, daß sie in ihrem Eifer, die Sowjet-Regierung zu bekämpfen, die rechten Unabhängigen, sich von ihrem Gefühl des Hasses gegen Sowjet-Rußland soweit hinreichend ließen, daß sie über das Ziel hinausschossen und der elementaren Pflicht historischer Unparteilichkeit nicht gerecht geworden sind. Sie haben über gewisse bedauerliche Taten mit Kommentaren voll Bosheit berichtet; sie haben es unternommen, ihren Genossen das große Werk, das die besetzten russischen Arbeiter dort vollbracht haben, vor Augen zu führen.

Wie man es auch erwarten mußte, haben sie in sehr heftigen Worten den Anschluß abgelehnt, den sie von Anfang an entworfen waren, abzuschneiden. Ihre beiden Genossen von der linken Seite haben dagegen ihre Haltung in Leipzig mit der größten Energie verteidigt. Sie haben erklärt, daß sie entschlossen sind, die Partei zu verlassen, wenn nicht der nächste Kongress den Anschluß an Moskau beschließt. Wir, Prossard und ich, begrüßten uns, in vollständiger Uebereinstimmung mit Däumig und Stöcker zu sein.

Ohne Zweifel, und wir verstehen es sehr gut, wird der Kampf zwischen den Vertretern der beiden Richtungen innerhalb der Partei sehr hart werden. Er wird überall hart werden; aber die revolutionäre Idee wird gestärkt aus der Diskussion hervorgehen, die eben in den beiden großen beteiligten Ländern eröffnet wird. Wenn wir übrigens den Informationen glauben können, die uns von gut unterrichteten Sozialisten zugehen, so wird das Proletariat jenseits des Rheins, das in der Unabhängigen Partei organisiert ist, mit großer Mehrheit dem linken Flügel Gehorschaft leisten. Es ist nicht nutzlos, hier eine solche Prophezeiung zu machen, im Moment, da die bürgerliche Presse in der Absicht, die Gedanken der Arbeiter zu verwirren, mit Vorliebe die Meinungen der unabhängigen Genossen zitiert, die Gegner von Moskau sind, um sie unserer Haltung gegenüberzustellen, die wir entschlossen einnehmen und die wir ohne jede Schwankung verteidigen werden.“

Der vorstehende Auszug ist uns von den Gen. Däumig und Stöcker mit der Bitte um Veröffentlichung übergeben worden. Wir kommen dieser Bitte um so lieber nach, als die Mitteilungen über das Verhalten unserer Delegierten sehr wertvoll sind. Sie erklären die von den deutschen Kommunisten in Umlauf gesetzte Legende, als ob Crispian und Dittmann in Moskau eine andere Haltung zu den Bedingungen eingenommen hätten als in Berlin. Sie bestätigen, daß Däumig und Stöcker trotz der Härte der Bedingungen diese schon in Moskau angenommen haben.

Marcel Cachin als Kritiker müssen wir allerdings ablehnen. Nicht nur weil Cachin bis zuletzt die Kriegsbroschüre bewilligt hat, nicht nur weil er zu Beginn des Krieges für den Eintritt Italiens in den Krieg bei den italienischen Genossen eingetreten ist, nicht nur weil er der Begleiter seines Parteigenossen Albert Thomas, des französischen Munitionsministers während des Krieges, gewesen ist, als dieser nach Petersburg reiste, um die Kerenski-Regierung zur Fortführung des Krieges zu bearbeiten. Cachin und Prossard haben auch ein sehr merkwürdiges Spiel mit der Veröffentlichung der Bedingungen gespielt, obwohl sie darüber unterrichtet waren, daß ihre „neuen Bedingungen“ nicht die wirklichen gewesen sind. Sehr nett ist es auch, daß Prossard in Paris erklärt hat, es handle sich nur um die neun Punkte, alle weiteren Bedingungen wären für ihn unannehmbar. Das hindert Cachin nicht, seine volle Uebereinstimmung mit Däumig und Stöcker auszusprechen, die für die Annahme der verhängnisvollen Bedingungen eintreten. Marcel Cachin nach alledem über angebliche Parteilichkeit anderer Klagen zu hören, wirkt recht unerfreulich, besonders wenn diese Anderen Männer sind, die nicht erst seit kurzem für ihre wirklich revolutionäre und prinzipienfeste Haltung Beweise geliefert haben, die Cachin bis zu seiner Rückkehr aus Moskau — schuldig geblieben ist.

Die Gestalt Ernst Deutschs vom rhetorischen Pathos zu drohender Gebärde des Aufzählers, ohne jedoch innerlich erschüttert zu können.

## Die Not des Schauspielers

Zum Streik der Schauspieler in Wien, der inzwischen durch Ermäßigung der Forderungen der Dargestellten beendet wurde, so daß die Theater wieder spielen können, schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“:

„Unser Theaterleute machen von sich reden; das will vielen und gerade denen nicht recht passen, die sich gar so gern als den Schatz, ja schließlich als die Voraussetzung der Kunst angesehen, nämlich der bescheidenen Klasse und ihren Wortführern. So lange von den Schauspielern nur erzählt werden soll, wo sie gelassen haben, wie ihr Liebingshund heult, was ihre letzte Begegnung mit einer dahingekommenen Jagel war, auch noch, wenn sie das letztemal tonitralbrüchig wurden, um im Triumph zurückholt zu werden, solange konnte nicht genug erzählt werden; der Theaterkünstler ist nicht bloß eine Eigenschaft des bürgerlichen Zeitungswezens, sondern eine notwendige Folgerung aus der kapitalistischen Anbahnung vom Wesen des Künstlers als eines bescheidenen Spottmachers. Aber jetzt wird von anderen, bitteren Dingen gesprochen, vor allem vom Hunger, den viele, auch so bevorzugte Künstlerkinder leiden. Jetzt hört man nicht mehr, wo dieser Liebling seinen Sommer (Widder von der bekannten Firma Z) und jener Liebling seinen Badeurlaub (Kosm von der bekannten Firma V) hat, jetzt hört man, daß sie nichts zu essen haben; das ist unartig, das ist gärrig von anderen Lieblingen, das ist boshaft. Mit einemmal erfährt der stolze, geliebte Spieler, daß es im Theater nicht lauter Lieblinge gibt, sondern Hunderte von Menschen, die weniger lächerlich sind, doch darum nicht minder wichtig sind, noch mehr, daß es auch Lieblinge gibt, die Hunger leiden. Das will ihm nun nicht in den Sinn; schon gar nicht aber will er davon hören. Warum soll ein vornehmlicher Theaterabend durch den Gedanken verfallen lassen, daß eine Salonbabe, die in blendenden Toiletten auftritt, muß — Salon und blendende Toiletten sind Voraussetzungen eines wesentlichen Teiles unseres Theaterbetriebes — laziell Gage erhält, daß sie gerade hinreicht, um das Kleid, so oft es not tut, frisch stricken zu lassen, daß der Komiker, während er mit einem Couplet alles zum Lachen bringt, von dem wahren Witzigen gereinigt wird, plötzlich zusammenzubrechen, weil ein tägliches Krantengesicht mehr ausmachen würde als seine tägliche Gage? Hat man nicht immer mit freudiger Genugtuung vernommen, daß dieser oder jener Direktor mit erstaunlichem Geschick neue Talente entdeckt? Und jetzt wollen die jungen Talente nicht bloß entdeckt werden und den Ruhm ihres Entdeckers und eines geneigten Publikums mehren, jetzt wollen sie sogar

## Die russischen Friedensverhandlungen

### Die Vorverhandlungen mit Finnland beendet

Moskau, 16. September. (Durch Funkpruch.)

Die grundlegenden Arbeiten für die Friedensverhandlungen mit Finnland sind im wesentlichen beendet. Gemäß der vorläufigen Vereinbarung tritt Sowjetrußland an Finnland einen Teil des Petschenga-Gebietes ab und gestattet dadurch Finnland den freien Durchgang zum Eismeer. Finnland erhält jedoch ein kleineres Gebiet, als im Jahre 1918 geplant war, und die freie Verbindung mit Norwegen wird trotz Abtretung des Petschenga-Gebietes nicht aufgehoben. Finnland räumt die besetzten zwei Kreise in Ostkarelien, die zum Bestande der Ostkarelien Arbeitskommune gehören. Die finnische Delegation ist der Ansicht, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen den beiden Ländern in aller nächster Zeit stattfinden müsse.

### Ratifizierung des russisch-lettischen Friedens

Moskau, 16. September. (Durch Funkpruch.)

Der Friedensvertrag zwischen der demokratischen Republik Lettland und der föderativen sozialistischen Sowjetrepublik Rußland, der am 11. August in Riga unterzeichnet wurde, ist am 9. September von russischer Seite ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird dieser Tage in Moskau erfolgen.

## Ankunft der polnischen Delegation in Riga

II. Warschau, 17. September.

(Halbamtlich.) Der Vorsitzende der polnischen Friedensdelegation, Domski, landete gestern durch die Rigarer Funktionäre einen Funkpruch nach Warschau, in dem er mitteilte, daß der Hauptteil der Delegation gestern Abend in Riga angekommen ist. Am Sonntag, den 18. September, wird die erste gemeinsame Sitzung der polnischen und russischen Unterhändler stattfinden, in der die gegenseitigen Vollmachten geprüft werden. Domski lobt die hervorragende Fürsorge der Engländer, die die Führung der Delegation nach Riga übernommen hatten und jede nur mögliche Bequemlichkeit verschafften.

II. Danzig, 18. September.

Die hier verbliebenen Mitglieder der polnischen Friedensdelegation sind gestern Nacht oder im Laufe des heutigen Tages nach Riga abgefahren.

## Der russische Heeresbericht

Moskau, 16. September. (Durch Funkpruch.)

Russischer Heeresbericht vom 15. September. Die Angriffe des Feindes auf Komu Dmor haben wir abgewiesen. Unsere Abteilungen besetzten das rechte Ufer des Swistocz und eine Reihe Dörfer 40-60 Werst südwestlich Wolowol. Abschnitt Prusang: Hartnäckige Kämpfe 30 Werst südwestlich der Stadt Prusang sind im Gange. 10-12 Werst südwestlich von Madimir-Wolowol sind schwere Kämpfe statt. Abschnitt: Kobaton: Unsere Abteilungen besetzten eine Reihe Dörfer 10 Werst von Kobaton. Bei Galisch sind hartnäckige Kämpfe am Übergang des Dnjepr statt. Krimfront: Im Abschnitt Dschow-Berdjanst wird mit wechselndem Erfolge gekämpft.

## Der polnische Heeresbericht

Warschau, 18. September.

Im Generalfeldbericht vom 17. d. M. heißt es: Ukrainische Truppen besetzten bei ihrem Vordringen längs des Sereth-Ufer die Orte Czortkow, Burzoc, an der Strupa Przewlota und Winiowczol und verdrängten den Feind aus Bodhajec. In Verfolgung des zurückweichenden Feindes nahmen unsere Abteilungen Stjepany an der Flota Lipa und Karolow an der Karajowka. Weiter nördlich Verfolgungskämpfe mit dem auf der ganzen Linie von dem Dnjepr bis zu den Wästere-Schlüpfen weichen Feind. Im Raume von Kobrin heftige Angriffe des Feindes auf der Linie des Dnjepr-Bug-Kanals und des Flusses Muchawej; alle Angriffe wurden abgewiesen.

Die Wahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein. Das Reichsamt hat beschlossen, die Wahlen in Ostpreußen und in Schleswig gemeinsam mit den Wahlen im preussischen Landesparlament zu lösen, wenn dadurch keine allzu wesentliche Verzögerung der Wahl eintritt.

leben. In der Tat, da wird das Entdecken weit schwieriger und wenig lohnend.

Das Problem ist umfassender als die einfache Frage, ob die Theater die Forderungen der Schauspieler materiell erfüllen können; selbst in der Enge unserer Verhältnisse, selbst unter den noch immer herrschenden kapitalistischen Voraussetzungen des Theaters ist noch immer genügend Spielraum für halbwegs mögliche Gagen und wäre noch immer genügend Spielraum für Verhandlungen voll Einsicht in die Notwendigkeiten. Solche Verhandlungen werden weder durch Erklärungen noch durch Drohungen erreicht, sondern nur durch die Tat. Der Streik aber muß gelöst werden, erst recht deshalb, weil das wahre Problem ein ganz anderes ist. Für eine Grundankunft muß man sich entscheiden: ob das Theater und das, was es an Kunst, an Erhebung, an Freude bieten kann, ein Luxus oder eine Notwendigkeit ist. Unser Denken ist so sehr an kapitalistische Vorstellungen eingewöhnt, daß wir über den monopolisierenden Besitz hinaus die Anschauung herrscht, Theater sei ein Luxus; ja selbst die Schauspieler in ihrer materiellen Not sind vielfach in dieser Anschauung befangen. Aber das Theater ist überhaupt nur zu retten, wenn es als Notwendigkeit empfunden und anerkannt wird. Die Schaubühne als Funktion einer sticht organisierten Gesellschaft; das ist ihr Ideal, das in ihre wahre Verwirklichung. Nicht das ist die Notwendigkeit, das Theater zu erhalten, wie es heute ist. Das System zu erhalten, die Kosten aber der Allgemeinheit überwälzen wollen, das geht nicht an. Wenn das Theater die Sorge der Allgemeinheit wird, dann wird es in einen neuen Zusammenhang gestellt. Diesen Zusammenhang herzustellen, ist eine Aufgabe mehr in dem großen allgemeinen Kampf um die Befreiung der kapitalistischen Ordnung. Die Ermüdung treibt auch die Künstler in die Kampfbereitschaft des Sozialismus.

Das proletarische Theater eröffnet keine Spielzeit am 14. Oktober. Das Programm der Oktoberabende ist: „Gegen den weißen Schrecken ist Sowjetrußland“. Die Stücke dieses Abends sind: 1. „Der Arbeiter“, ein revolutionäres Stück; 2. „Vor dem Tore“ von dem ungarischen Genossen Bedlissau Szé, „Gegen den weißen Schrecken“; 3. „Kuhlands Tag“, ein altes Stück des proletarischen Theaters. Die Vorstellungen finden in verschiedenen Sälen statt. Die Preise sind für Arbeiterklasse 1 M., für Organisierte 3 M., für Nichtorganisierte 5 M. Karten sind zu haben bei den Funktionären, in den Organisations- und Betriebsstellen. Einzelheiten werden noch bekanntgegeben. Die Geschäftsstelle des proletarischen Theaters befindet sich Berlin, Hallesche, Karlshagen Straße 27, 1. Etage.

1. Vortragsabend Wolff. Das Programm ist reichvoll durch Andeutungen, es ist ausschließlich unpolitisch, ausschließlich dichterisch, nur in Schmeis „Arbeitsmann“ hört man die ferne Brandung. Sie hat Wälles Klang. Amüsantem eine Kostbarkeit von Bonaventuro, am Ende eine statische Kühnheit von Werfel. Das



# Si tacuisses!\*)

Von Paul Schwenk.

Genosse Prager hat es für angebracht gehalten, auf meine Erwiderung mit erneuten Unterstellungen zu antworten. Deswegen werde ich mich zu meinem Bedauern gezwungen, noch einmal das Wort zu ergreifen. Ich bin mir aber klar darüber, daß es mir nicht gelingen wird, den Genossen Prager zu „überdrehen“ oder gar zu „Uberschreien“. Dazu sind unsere Waffen zu ungleich. Ja, wenn er sich nur im entferntesten der geistreichen und vornehmen Art der Polemik eines Lessing befleißigen würde! Aber so — ich bedaure.

Nur einige Feststellungen seien mir gestattet. Wenn Genosse Prager schreibt, es würden von uns „organisatorische Spaltungsvorbereitungen“ um „gemeinsamlich den Kampf gegen den Feind zu führen; wobei man bemerken müßte, daß unter „Feind“ nicht der Kapitalismus, sondern die andersdenkenden Parteigenossen aus dem eigenen Lager zu verstehen seien, so sind das nicht mehr bloße Verzerrungen, das ist politische Brunnenerkennung.

Wir haben uns, ich sage es noch einmal, nach Kräften bemüht, in durchaus parteigegenständlicher Weise die Gesamtheit der Parteigenossen für unsere Auffassung zu gewinnen. Wir werden von diesem unseren Ringen auch dann nicht ablassen, wenn von der Gegenseite das Niveau des Kampfes noch weiter herabgezerrt wird, wie es durch die Pragerischen Artikel ohnehin schon geschehen ist.

Nun zur Pragerischen Beweisführung. Ich hatte in meiner ersten Erwiderung gesagt, es sei kein Beweis dafür erbracht und könne nicht erbracht werden dafür, daß wir uns mit Spaltungsbüchlein trügen. Triumphierend schlägt Prager mit der Faust auf den Tisch: Hier sind sie!

Also bitte: In der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ schreibt E. R. von der Abspaltung der Zenträmter und opportunistischen Saboteure (also von einzelnen Personen) — folglich wollen Schwenk und seine Freunde die Parteispaltung.

In Dresden sind die Genossen in der Ueberzeugung gekommen, daß Fleigner und Wenz durch andere Redakteure ersetzt werden sollten — folglich wollen Schwenk und seine Freunde die Parteispaltung.

In Elbing versucht Eberlein (von der R. P. D. II) bei den Vertrauensleuten der U. S. P. D. Stimmung für den Anschluß an die dritte Internationale zu machen — folglich wollen Schwenk und seine Freunde die Parteispaltung.

Und der Kommunist Seig war, gleichfalls in Elbing, sogar so vermessend, über interne Parteitage in öffentlicher Versammlung zu sprechen, noch bevor wir dazu Stellung genommen hatten — zu sprechen, noch bevor wir die parteispaltenden Absichten der Schwenk und seiner Freunde in, dann weiß ich nicht.

Vor solcher Logik und solcher Beweisführung möchte auch ein Lessing kapitulieren. Aber in dem Unstun steht Methode. Es wird auf die Unentschiedenheit der Streitigkeiten spekuliert. Ich bin nicht im Zweifel, ob diese sich eine derartig niedrige intellektuelle Einschätzung werden gefallen lassen.

Und dann noch eins. Es muß einmal mit klaren, nackten Worten ausgesprochen werden, daß es eine Heuchelei ohnegleichen ist, wenn man sich pharisäisch auf den Markt stellt und anderen das als ein unvergleichliches Verbrechen vorhält, was man selbst in viel größerem Umfange tut.

Genosse Prager bricht dann für die Objektivität der „Freiheit“ eine Lanze. Auf den von mir vorgebrachten Beweis geht er vorwiegend wie um ein heißes Eisen herum. Das wird verständlich, wenn man die erste Seite derselben Nummer der „Freiheit“ durchsieht, die die zweite Mißstände Attakke Pragers gegen mich enthält. Da muß die Redaktion zugeben, daß meine Darstellung richtig ist. Die 21 Punkte gelten für alle Parteien und was in Nr. 375 der „Freiheit“ inhaltlich wiedergegeben wird, ist lediglich das Sendeschreiben des Kongreßpräsidiums an die französische Gedächtnisrede nicht mehr im Zweifel sein. Sobald sie dennoch in leichten Letztern über dem Ziel die Ueberdrücktheit ist: Die Bedingungen für die französische Partei — nun, so ist das eben nichts anderes als eine grobe Fälschung der Parteigenossen. Und wer das zweifelsfreie Vergnügen hatte, in unglücklichen Versammlungen dagegen anzuknurren zu müssen, wird verstehen, daß das Vertrauen in die Objektivität des Berliner Parteiorgans dadurch sicher nicht gehoben worden ist.

## Erklärung

In der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 17. ds. Mts. schreibt der Genosse Eugen Prager in seinem Artikel „Die Versäufung“ u. a.: „In Berlin bemühen sich drei Gruppen in dieser Hinsicht. (Spaltungsvorbereitungen) ... die zweite Gruppe, die der Leitung des Chepaars Gezer und Wegmann untersteht, sammelt sich in den Müllerjulen ...“

Erstens sind, selbst ich in der internen und öffentlichen Bewegung, keine meine eigenen Bestrebungen dahin gegangen, nicht nur die Spaltung des Proletariats zu verhindern, sondern den Zusammenschluß desselben zu fördern. Evidentlich eine Selbstverleumdung für einen Sozialisten, der wissen muß, daß je größer

\*) O hättest du geschwiegen!

Programm ist gut, aber es ist um des Vortragenden willen da. Der ist allem Letzten nahe und zuletzt doch immer fern; welche Linien umgeben den Gang der Rede, man muß mit Symmetrien und Inkonsequenzen rechnen, er ist nicht nur ungleich an geschiedenen Tagen, sondern auch an demselben Abend. Er ist ein Zerbrochen und plötzlich ein glänzender Hingebener, ein scharfer Erörterer, eine wunderbare, löbliche Oberfläche, er singt sich in die Effekte und trifft mit weicher — scharfer Dromastik in die Ehre und trifft mit weicher. Seine Beliebigkeit ist kein Schaden mehr, sondern man immer auf Anzeichen von Palen kreuzt, die nicht sein muß. Man hat ihn an diesem Abend in der Einzelarbeit nichts getan, es ist es seinen Hören, vielmehr nach seinen Hören an.

Im Deutschen Theater geht am Mittwoch Gerhart Hauptmanns Drama „Einsame Menschen“ mit Moissi, Werner Kraus, Olga Lehmann und Agnes Strauß in Szene. — Im Lessing-Theater wird am nächsten Sonnabend Lautensachs „Welch der“ erstmalig aufgeführt.

In der Staatsoper wird am Mittwoch unter Leitung von Max u. Schilling Richard Wagners „Tristan und Isolde“ in neuer Einbildung und Ausstattung gegeben.

Aus dem Verbands des Operndirektors ist nach Clara Dür und Frau Hallateen-Dintel nun auch die Altistin Emmi Veisner zu ausgeschieden, um für der Gastspiel- und Konzerttätigkeit zu widmen.

In der Philharmonie hat Angst der Bruno Kittische Chor zum 50. Mal Beethoven's „Requiem“ mit Symphonie Orchester zur Ausführung gebracht. Ein verdienstliches Wirken, das gebührende Anerkennung fand.

Das Orchester des Deutschen Opernhaus in Charlottenburg veranstaltet auch in dieser Spielzeit unter Rudolf Kralstels bewährte Leitung sehr vorzügliche Symphoniekonzerte mit bedeutenden Uraufführungen und Solisten. Das erste Konzert findet am Sonntag, den 19. September, vorm. 11 Uhr, im Deutschen Opernhaus statt.

Eine Arbeiterkunstaussstellung, die mit der bereits angekündigten in der Pörsdamer Straße nichts zu tun hat, wird am 5. Oktober in der Potsdamer Straße mit 800 Kunstwerken, die von Arbeitern nach der Tagesarbeit geschaffen worden sind, eröffnet werden. Die Ausstellung wird täglich von 10—8 Uhr geöffnet sein.

Kupferne Fortschrittsreise. Nach einer Mitteilung des Generals von Schotalsky wird von Rußland eine große hydrographische Expedition zur Erkundung der Nordküste Sibiriens ausgesandt. Sie soll nach „Betermanns Mitteilungen“ aus zwei Gruppen bestehen, die einerseits die hydrographischen Verhältnisse der Mündungsgebiete der großen Systeme Ob, Jenissei, Lena und Kolyma untersuchen, andererseits einen Beobachtungsdienst organisieren sollen. Vermutlich meteorologische Einheiten mit drahtloser Verbindung sollen längs der Nordküste Sibiriens gegründet werden.

und fester die Massen zusammengeschleudert sind auf prinzipiell sozialistischer Grundlage, um so eher die Revolution, in der wir stehen, zum Ziele geführt werden kann. Die „Spaltungsvorbereitungen“ sind längst von anderer Seite getroffen worden und nicht zuletzt von dem Genossen Prager als Redakteur der „Freiheit“ durch Artikel, die nicht dem Leipziger Parteiprogramm entsprechen, und an Klarheit über revolutionäre Notwendigkeiten alles vermessen liegen. Wenn notwendig, siehe ich mit Beispielen zur Verfügung.

Zweitens ist es unwar, daß ich mit dem „Chepaar Gezer“ die Leitung einer solchen Gruppe übernommen habe. Ich bin aber erstens darüber, daß endlich mal von links dieselben Mittel in Anwendung gebracht werden, wie sie von rechts schon immer benutzt wurden. Hoffentlich werden sie mit derselben Gründlichkeit und Ausdauer, aber weniger persönlich und demagogisch angewandt.

Was dreitens die Versammlungen in den Müllerjulen anbelangt, so erkläre ich: Es ist unwar, daß ich jemals in den Müllerjulen weder eine Versammlung besuchte, die sich mit „Spaltungsvorbereitungen“ oder sonstwie im Zusammenhang mit der uns beschäftigenden Frage der dritten Internationale befahte, noch zu einer solchen oder ähnlichen eingeladen habe.

Solche unwarhen Behauptungen, in die Welt geschleudert von einem politischen Redakteur der „Freiheit“, zeugen von einer Leichtfertigkeit, die man von solcher Stelle nicht erwarten sollte. Paul Wegmann.

## Erwiderung

Nach der neuesten Erklärung des Genossen Paul Schwenk kann es nunmehr den Parteigenossen überlassen werden, sich ein Urteil über diese Angelegenheit zu bilden. Ich kann mich deshalb ganz kurz fassen. Schwenk beklagt sich über politische Brunnenerkennung. Ihm geht es so wie jenem bekannten Manne, der auf einer Wieselstiege ertrinkt wird und nunmehr ruft: Haltet den Dieb! Ich habe eine Fülle von Material vorgebracht, und Schwenk antwortet darauf mit Nebenworten.

Dem Genossen Wegmann erwidere ich: 1. Genosse Söder, der zu seinen engeren Freunden zählt und Mitglied des Parteivorstandes ist, dürfte über meine Tätigkeit als Redakteur der „Freiheit“ doch eine andere Auffassung haben. Meine Artikel sollen nicht dem Leipziger Parteiprogramm entsprechen haben; wie kommt es nun, daß Genosse Söder gerade mich dazu aussersehen hat, das Leipziger Aktionsprogramm in einer Broschüre für den Wahlkampf zu bearbeiten, die dann in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet worden ist? Daneben habe ich, gleichfalls auf Ersuchen des Genossen Söder, eine Anzahl Flugblätter und noch eine weitere Broschüre schreiben müssen; als Redakteur der „Freiheit“ selbstverständlich. 2. und 3. Wenn der Name des Genossen Wegmann in meinen Mitteilungen irrtümlich angegeben worden ist, so mag er sich dafür bei seinem Freunde Siebiger bedanken. Dieser hat in der Versammlung im Jugendheim der R. P. D. in der Alten Jankowskistraße am 10. September mitgeteilt, daß die Zusammenkunft in den Müllerjulen unter der Leitung von Wegmann und des Chepaars Dr. Gezer gestanden hätte.

Bei dieser Gelegenheit muß ich mitteilen, daß mir aus Hülfs in Westfalen folgender Brief zugegangen ist:

„Werter Genosse Prager! In Ermangelung der Adresse des Genossen Paul Schwenk, Berlin, erlaube ich Sie, veranlassen zu wollen, daß mir unverzüglich das Material: „Für oder gegen Moskau“ zugesandt wird (Referententmaterial). In dem ich für die Bemühungen im voraus bestens danke, verbleibe mit Parteigrüß U. S. P. D.“

Diesem Genossen und allen anderen Lesern, die solches Material zu beziehen wünschen, sei bemerkt, daß ich dafür nicht zuständig bin. Eugen Prager.

## Die Stellung der Organisationen Bezirk Reichendorf—Storkow—Beeskow

Eine Konferenz des gesamten Wirtschaftsbezirks Reichendorf—Storkow—Beeskow sah nach einem Referat des Gen. Krüze und nach ausgiebiger Diskussion einstimmig den Beschluß, daß die Aufnahmebedingungen für die dritte Internationale abzulehnen sind, da sie die speziell deutschen Verhältnisse völlig ignorieren und eine Spaltung der U. S. P. und damit der deutschen revolutionären proletarischen Bewegung bedeuten. Es wird erneut und mit allem Nachdruck betont, daß die Zentralleitung sowie der kommende Parteitag nichts unversucht lassen darf, mit der dritten Internationale und allen anderen sozialrevolutionären Parteien, vor allem Westeuropas, unter Wahrung der Selbstständigkeit der Parteien und ihrer Eigenarten ein proletarisches Schuß- und Trugbündnis gegen den Kapitalismus herbeizuführen.

## Die „Abstimmung“ in Charlottenburg

Vom „Unabhängigen Zeitungsdienst“ wurde neulich mitgeteilt, daß in der Mitgliederversammlung eine Resolution für den Anschluß an Moskau mit großer Mehrheit angenommen worden ist. Wie uns dazu geschrieben wird, fand in der Mitgliederversammlung überhaupt keine Abstimmung statt. Dem Vorstand lagen eine große Anzahl Resolutionen vor und außerdem der mittelfarbende Antrag, von der Abstimmung über je vielen in Erwägung zu bringen und Resolutionen darüber. Letztlich wurde der Antrag abgelehnt unter dem Titel „Der Vorstand, Genosse Wegmann, erwiderte die Versammlung, um ein Stimmungsbild zu gewinnen, wiewohl es abgemittelt, nur für Moskau wäre. Die Resolutionen, die ein Antrag gegen jede Abstimmung vorliegen, unterbrach er mit der Erklärung, daß der Antrag nicht abgemittelt werden sollte, sondern es ist wirklich für Moskau handle. Über die Zustimmung zahlreicher Genossen hinweg, daß sie gegen die Bedingungen oder für neue Verhandlungen wären, wurde die „Stimmungsbild“ vor genommen, die jetzt als Abstimmungsergebnis in der ganzen Parteipresse erscheint.

## Ein Konflikt in der tschechischen Sozialdemokratie

Prag, 16. September. (Tschschoslawisches Büro.)

Das Personal der Redaktion, Administration, Expedition und Druckerei des „Pravo Lidu“ hat heute vormittag einen Parteirat gebildet, in den auch Vertreter der Prager Arbeiter-Schaft aufgenommen wurden. Der Parteirat erklärte, er wolle das Blatt neutral gegenüber allen existierenden Richtungen in der Partei führen, und für eine friedliche Beilegung des Konfliktes in der Partei eintreten. Das beschlossene er insbesondere durch Einführung einer Zensur in der Redaktion des „Pravo Lidu“ zu erzielen, die der Schriftsteller Emil Jeman (Jvan Odrach) übernehmen soll. Der Herausgeber des Blattes, Abgeordneter Kamec, und der Chefredakteur, Abgeordneter Josef Sittin, haben Protest eingelegt.

Prag, 17. September.

Der Kampf in der sozialdemokratischen Partei nimmt schärfere Formen an. Nach der Gewalttat der Kommunisten, die sich der Druckerei des Pravo Lidu bemächtigt, dort einen Arbeiter- und Redaktionsrat einsetzten und als Zensur den Schriftsteller Jvan Odrach, der aus Moskau zurückkehrte, ernannte, trat heute der Vorstand der Partei zusammen und sagte folgenden Beschluß: „Der Pravo Lidu wird sofort einer anderen Druckerei übertragen. Die Redaktion wird neu gebildet. Wegen derselben, welche sich des Eigentums der Partei bemächtigt haben, wird gerichtliche vorgegangen.“ Die Kommunisten erklären, daß sie den Kongreß Ende September trotz des Beschlusses der Parteivertretung, ihn zu verlagern, abhalten wolle, koste es, was es wolle.

## Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland

Die Betriebsrätezentrale und die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes halten zu Freitagabend nach der „Neuen Welt“ eine öffentliche Versammlung einberufen, um den Berliner Arbeitern Gelegenheit zu geben, aus dem Munde eines der sich jetzt in Deutschland aufhaltenden russischen Gewerkschaftsführers etwas über die russischen Gewerkschaften zu erfahren. Die Versammlung war sehr gut besucht. Nach Eröffnung durch den Genossen Paul Keumann wurde zunächst dem Genossen Angelowski, Vertreter der russischen Metallarbeiter, das Wort zu einer Begrüßungsansprache erteilt. Angelowski sprach russisch, seine mit revolutionärer Leidenschaft gesprochenen Worte wurden von einem Genossen ins Deutsche übersetzt und von der Versammlung mit stürmlichem Beifall aufgenommen.

Dann erhielt der Hauptredner des Abends, das Mitglied des Präsidiums der russischen Gewerkschaften, Genosse Losowski, das Wort. Er beherrschte die deutsche Sprache nicht so, um Mitleid in freier Rede sprechen zu können, und sah sich daher gezwungen, sein Referat vom Manuskript abzulesen. Da er schnell und etwas mit russischem Akzent sprach, ging leider manche Einzelheit aus dem an und für sich guten und reichlich instruktiven Vortrag verloren. Da aber angelobndigt wurde, daß der Vortrag gedruckt werden soll, können wir uns hier gut auf die Wiedergabe in kurzem Auszuge beschränken.

Losowski schildert zunächst die Umstände, die zum Krieg geführt haben, den internationalen Kapitalismus und Imperialismus. Daran anschließend entwirft er ein Bild von der Gewerkschaftsbewegung in Rußland vor der russischen Revolution vom Jahre 1905. Sie hatte damals unter der schwarzen Reaktion zu leiden. Streiks wurden gewaltig unterdrückt, die Führer verhaftet und nach Sibirien verschleppt. Nach dieser Revolution besserten sich die Verhältnisse, um nach der Restaurierung des Kaiserthums sich wieder zu verschlechtern. Einen gewaltigen Aufschwung nahm die russische Gewerkschaftsbewegung in Rußland erst nach der Märzrevolution 1917. Die Gewerkschaften, die inzwischen zahlenmäßig stark gewachsen waren, erwiesen sich für die Durchführung der Revolution als ein äußerst wichtiger Faktor. Die Fabrikkomitees (Betriebsräte) übernahmen die Kontrolle der Betriebe und zwangen die Unternehmer, ihre Betriebe offen zu halten, wodurch die Arbeitslosigkeit, die damals ebenso wie jetzt in Deutschland zu steigen begann, bekämpft werden konnte. Im Laufe der Zeit sind den Fabrikkomitees umfangreiche Befugnisse erteilt worden, die noch dazu an Wert gewinnen, als sie geltend angewandt werden dürfen. Um nur ein Beispiel zu nennen, dürfen die Organe des Komitees auf dem Lande bei den Bauern Lebensmittel requirieren, um damit die Arbeiter in den Städten zu versorgen.

Der organisatorische Aufbau der russischen Gewerkschaften ist etwas folgender: Es gibt nur einen Verband für jede Industrie- oder sonstige Gruppe (Industrieverbände). Ein Metallarbeiter z. B. der in einer Textilfabrik beschäftigt ist, wird Mitglied des Textilarbeiterverbandes. Angestellte und Techniker, die in einem metallurgischen Betrieb arbeiten, gehören dem Metallarbeiterverband an. Die Durchführung dieser Organisationsform war nicht leicht, da z. B. die Ingenieure und Techniker auf keinen Fall mit den Arbeitern zusammen in einer Organisation sein wollten. (Bestimmte Punkte: Wie bei uns.) Einen besonderen Protest erhoben die Techniker dagegen, mit dem Personal in einem Verband zu sein. Aber die Gewerkschaften traten ganz entschieden gegen jede Zersplitterung auf. Jetzt bestehen innerhalb der Einzelverbände Sektionen der Berufsgruppen, z. B. für die Ingenieure, Techniker usw. Die Revolution hat denn auch, wie so manches andere, das Vorurteil der gehobenen Stände gegen das Zusammenwirken mit den Arbeitern zerbrochen. Der Redner schildert dann weiter den Organisationsapparat der Gewerkschaften, der infolge auf den Fabrikkomitees hat zentralistisch aufgebaut bis zu dem allrussischen Gewerkschaftsverband, in dessen Klasse 50 Prozent der Beiträge fließen. Halbjährlich finden die Kongresse und Reunions statt. Die Reichstische der Gewerkschaften werden häufig landstürmlich, weshalb sie auch ein starkes Interesse an der Sowjetmacht haben und viele haben.

Der Redner wendet sich dann gegen die Ansicht der Menschewiki, die den Gewerkschaften nur sozialpolitische, aber keine politischen Aufgaben zuerkennen. Die Gewerkschaften stehen aber in Rußland in übergroßer Mehrheit hinter der kommunistischen Partei. Ein Zwang zur Mitgliedschaft werde aber nicht ausgeübt, was schon daraus zu ersehen sei, daß die Gewerkschaften über fünf Millionen Mitglieder haben, die kommunistische Partei aber nur 600 000. Der Redner kommt auf die große Not in den Städten Rußlands zu sprechen, die er nicht beklagt. Der Arbeiter hungert, damit nur die Kinder und die Armen zu essen haben. Die Kinder werden in Anstalten täglich mehrmals geschrien. Der Redner verweist aber darauf, daß es die Notlage sei, die die Not verschulde. Wenn man den Wohlstand die Schuld zuschiebt, so jagen diese: Jammer, wir sind Schuld daran, daß wir die Revolution gemacht und an den heiligen Säulen des Kapitalismus gerüttelt haben. Er schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Gehe Deinen Weg und laß die Leute sämchen.“

Nach dem Referat wurde zunächst auf Vorschlag des Versammlungsleiters von einer Diskussion Abstand genommen. Nach der Abstimmung wurde jedoch von einigen Teilnehmern die Forderung einer Diskussion verlangt, daß der erste Beschluß wieder umgestoßen und die Diskussion beschlossen wurde. Es traten dann mehrere Redner auf, die ihre Ansichten je nach dem Standpunkt der Partei, der sie angehörten, vortrugen.

In einem Schlusswort wandte sich Genosse Pajowski besonders gegen die Auffassung des ersten Diskussionsredners, daß die russische Gewerkschaftsbewegung mit den deutschen Betriebsorganisationen zu verknüpfen sei. Eine Anfrage, ob sich eine größere Zuwanderung deutscher Arbeiter nach Rußland empfehle, beantwortete er dahin, daß davon aus ökonomischen Gründen abgesehen werden müsse, daß aber qualifizierten Spezialarbeiter willkommen seien.

Nach dem Schlusswort wurde dann eine Resolution angenommen, worin das Erscheinen der russischen Delegierten begrüßt, und bedauert wird, daß nicht allen die Einzelheiten mitgeteilt wurde. Die Versammlung protestierte energig gegen diese Behandlung der Klassenorgane.

## Gewerkschaftliches

### Arbeitgeber für die Betriebsorganisation

In letzter Zeit haben sich die Arbeiter der verschiedenen Verne- und Betriebe des Ostens mit der Frage der revolutionären Betriebsorganisation beschäftigt. In hundert von Versammlungen wurde den Arbeitern von den Angehörigen der R. P. D. die Notwendigkeit der Beträumung der revolutionären Organisation vor Augen geführt. Befestigung der proletarischen Wirtschaftserhebung ist angeblich einer Grundh diefer wichtig revolutionärer Schritte. Seit doch ihr Programm in seinem ersten Absatz: „Auch der revolutionären Betriebsorganisation“ ist die Zusammenfassung aller revolutionären Arbeiter.“

Ziel ist die Bekämpfung der Diktatur des Proletariats. Dieses Ziel befolgt nicht nur Bekämpfung der Kapitalherrschaft mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln, sondern auch den Kampf gegen alle Organisationen (freie, halb freie usw.), deren Form und Treiben diesem Kampfe hinderlich ist.“

## „Freie Welt“

Was die Kirche aus Christus gemacht hat

Heft 35 — Preis 60 Pfg.



Um nun dieses Ziel zu erreichen, nimmt man sich die Arbeit... Herr Schubert, so unter anderem am Montag bei den Straßenbahnern. Dieser Herr konnte nicht genug Worte finden, um für die Sozialisierung der Betriebe sowie für die Diktatur des Proletariats einzutreten. Um der Berliner Arbeiterschaft die Möglichkeit zu geben, sich mit den revolutionären Kämpfern etwas näher bekannt zu machen, sei darauf hingewiesen, daß es sich um den Inhaber der Fabrik und Konditorei E. Schubert, Charlottenburg, Galvanstr. 8, handelt.

Es wäre interessant zu erfahren, ob dieser Kämpfer für die Befreiung des Kapitals die Gebühren, die von der „revolutionären Betriebsorganisation“ im Betrage von Mk. 15,— für ein Referat gezahlt werden, auch für sich in Anspruch nimmt.

Wie stellt sich dieser Kämpfer ferner zur Frage der Sozialisierung der Betriebe? Diese Frage dürfte etwas klärlicher Natur sein, eine Antwort werden wir wohl darauf nicht erhalten.

Arme revolutionäre Betriebsorganisation, wie tief bist du gesunken! Ausgehend von dem Gedanken, daß eine zerstückelte Arbeitnehmerschaft nur gefährlich werden kann, sorgen Arbeitgeber an der Masse von Arbeitern dafür, daß die gewerkschaftlich organisierte Front der Arbeiter zerstört wird, um ihre eigenen Vorteile zu wahren.

An der Arbeiterschaft liegt es, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Arbeiter, reißt den Klädern der neuen Idee die Maske vom Gesicht; zeigt ihnen, daß ihr nicht willens seid, euch auseinander reißen zu lassen. Tretet ein für die Geschlossenheit der Arbeiterschaft in den freien Gewerkschaften. Nieder mit dem Kapital und seinen Söldlingen!

Zum Streit bei der Handelsgesellschaft Kasseisenher Genossenschaften. Die Angehörigen obiger Firma haben sich gestern im Streit. Der Wirtschaftsverband Kasseisen, Köthener Straße 39, eine Zweigabteilung obiger Firma sucht heute durch Umlauf in den Kriegsorganisationen Streikbrecher. Kolleginnen und Kollegen, laßt euch nicht verleiten bei genannter Firma Stellung anzunehmen. Beweist eure Solidarität! Weist das unethische Spiel, welches die Handelsgesellschaft und der Wirtschaftsverband treibt, ganz entschieden zurück. Wir glauben bisher, daß die Geistlichkeit, welche im Auftritte genannter Organisation vertreten ist, jede unethische Kampfweise der Geschäftsleitung mißbilligen würde. Es scheinen aber auch bei diesen Herren die Worte mit den Taten nicht übereinzustimmen. Die Streikenden stehen fest zu ihren Forderungen und erwarten von den Angestellten strikte Ablehnung jeder Streikarbeit.

### Groß-Berlin

#### Die Bildung des Groß-Berliner Magistrats

Die erste Lesung zur Bildung des Magistrats im Ber. Ausschuss ist gestern zu Ende geführt worden. Mit vollem Recht hat der Ausschuss beschlossen, über den privat erhobenen Einwand des Oberpräsidenten hinwegzugehen, daß die Kandidaten nach § 29 der Städteordnung juristische, wissenschaftliche oder technische Vorkenntnisse haben müßten. Ganz abgesehen davon, daß die Herrschaften, die sich jetzt diesen Einwand zu eigen machen, selber nie daran gedacht haben, nach ihm zu verfahren; ist es doch einfach lächerlich, der Öffentlichkeit zumuten, eine so gewalttätige Auslegung dieses Paragraphen überhaupt ernst zu nehmen. Wenn der Oberpräsident fortfährt, mit solchen Mitteln zu arbeiten, so wird nichts anderes übrigbleiben, als ihn selbst nicht mehr zu nehmen, sondern ihn nur noch als das ausführende Werkzeug bestimmter Interessentengruppen anzusehen.

Das Hinausgehen der Vertreter der Rechtsparteien aus der gestrigen Sitzung scheint ihre Absicht anzudeuten, auch in der Stadtorordnetenversammlung durch Obstruktionstätigkeit die Bildung des Magistrats vor dem 1. Oktober unmöglich zu machen. Einer solchen Absicht müssen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen mit allen ihnen durch die Geschäftsordnung gegebenen Mitteln begegnen, so daß auch die Demokraten sich entscheiden müssen, ob sie Schleppenträger der Reaktion sein wollen. Die Folgen dieser Haltung aber müßten sie sich dann auch selbst zuschreiben.

Der inzwischen im Wortlaut vorliegende Antrag des Zentrums in der Landesversammlung enthält die Bestimmung, daß von den 30 Mitgliedern des Magistrats 12 unbefristet sein müssen, daß die erstmalige Bestellung des Vorsitzenden und seines Stellvertreters im Bezirksamt dem Magistrat Berlin entzogen wird, und daß beide Bestimmungen rückwirkende Kraft für die bereits betätigten Wahlen erhalten sollen. Eine offizielle Stellungnahme der Demokraten zu diesem Antrag liegt noch nicht vor. Es verlaute jedoch, daß er ihre volle Unterstützung finden werde. Mit der Annahme dieses Antrages wäre aber der offene Konflikt zwischen der Mehrheit der Berliner Stadtorordnetenversammlung und der preußischen Landesversammlung gegeben. Ueber die Stellungnahme der preußischen Regierung ist noch nichts bekannt.

### Die Kinderverschickung nach Dänemark

Gelegentlich der Rückkehr von Kindern aus Dänemark ist es auf dem Bahnhof zu recht unruhlichen Szenen gekommen, über die in unserm Blatt lebhaft Klage geführt worden ist. Bei dieser Gelegenheit wurde auf die Kinderbeschickungskommission hingewiesen und der Wunsch ausgesprochen, sie zur geordneten Abwicklung heranzuziehen. Und gibt der genannten Kommission Veranlassung, sich in einer längeren Zukunftsüber die Transporte von Kindern nach Dänemark zu äußern. Darin heißt es u. a.:

„Die dänische Kinderverschickung basiert vom Juli 1919 und wurde durch die deutsche Wohlfahrtsstelle übernommen, die auf Wunsch der dänischen Gewerkschaften mit der deutschen Arbeiterschaft die Verbindung herstellte. Je eine Genossin von der S. P. D. und U. S. P. D. wurden zur Leitung bestimmt. Die ersten Transporte verliefen tadellos. Der Wunsch unserer dänischen Freunde war, daß nur bedürftige Arbeiterkinder bei der Verschickung berücksichtigt werden sollten. Einem Wechsel in der Leitung und vielleicht auch anderen Einflüssen ist es zuzuschreiben, daß nach und nach die S. P. D. dem Jugendamt, in dem die Sache erledigt wurde, fernblieb und mit den bürgerlichen Vereinen arbeitete.“

So kam es, daß seit Dezember 1919, nachdem sieben Transporte gemeinsam erledigt worden sind, keine Kinder mehr durch die Kinderbeschickungskommission der Arbeiterschaft angefordert worden sind. Trotz aller ev. Einwendungen der Wohlfahrtsstelle, der S. P. D. sowie der dänischen Freunde bleibt diese Tatsache bestehen.

Im Dezember 1919 machten sich Bestrebungen bemerkbar, die Kinderverschickung auf das gewerkschaftliche Gebiet überzuleiten. Es fanden Sitzungen statt, ein großes Komitee wurde gewählt, welches jedoch nie gearbeitet hat. Die deutsche Wohlfahrtsstelle machte sich diese Auseinandersetzungen zunutze, um die Sache ganz an sich zu bringen, die S. P. D. als Ausschickungsschlichter zu unierer dänischen Freunde zu benutzen und die Kinderbeschickungskommission unserer Partei vollends zu übergehen. Die deutsche Wohlfahrtsstelle arbeitet mit Vereinen und Vereinen, um allen gerecht zu werden und bringt statt einer Zentralisation eine Dezentralisation zustande zum Schaden der Arbeiter, welche von einer Stelle zu ändern, von einem Verein zum andern geschickt werden. Infolgedessen gibt es auch keine Zentralstelle, die Rechenhaft über die Handhabung der Verschickung zu fordern hätte.

Welt über 1000 Redaktionen liegen bei der Kinderbeschickungskommission im städtischen Jugendamt vor, ebensodiel unterernährte Kinder warten vergeblich auf eine Erholung, die andererseits auch eine sekundäre Entlastung der Eltern bedeutet.

Der Hauptgrund, den die Kinderbeschickungskommission in den ersten Richtlinien aufstellte, daß aus jeder Familie nur ein Kind in den Genuss kommen soll, ist längst durchbrochen. Zwei bis drei Kinder aus einer Familie, Offizierskinder, Kinder von Polizeisekretären, von Hausbesitzern benutzen diese Einrichtung zum Schaden der Kinder der Arbeiterschaft. Diese Vereine und Vereinen, mehr Protektion der Wohlfahrtsstelle und S. P. D., lassen es zu, daß Kinder zwei und dreimal hintereinander Verschickung finden, während andere vergeblich warten. Auf die Zerstückelung der Leitung ist es zurückzuführen, daß solche Mißstände bei der Ankunft der Kinder vorkommen konnten, wie sie gerügt wurden.

Diverse Vereine sind beteiligt, jeder will bestimmen und einsteuern. Fest steht, daß die ersten Transporte, für welche die Kinderbeschickungskommission die Verantwortung trug, infolge einer sachgemäßen Organisation ohne derartige Störungen verliefen, weil sich Leitung und Helferinnen kannten und in voller Harmonie arbeiteten. Der Wunsch unserer dänischen Freunde, wiederum bedürftige Arbeiterkinder zur Erholung bei sich aufzunehmen, ließe sich am besten auf dem Wege verwirklichen, wenn die Arbeiterschaft selbst die Leitung und damit auch die Verantwortung über-nähme.

Das ist der einzige Weg, um zu vermeiden, daß weiterhin hilfesuchende Mütter und Väter der Arbeiterklasse von einer Stelle zur andern geschickt werden, nichts erreichen und sehen müssen, wie die Kinder bemittelter Klassen zur Erholung ins Ausland kommen, während unsere unterernährte freudlose Arbeiterjugend nur in ganz minimaler Weise Berücksichtigung findet. Die Kinderbeschickungskommission kennt nur das eine Ziel, mit aller Energie für das Wohl der ihrem Schutz unterstellten Kinder einzutreten und sie, sei es mit Hilfe der Kommune oder aus eigener Kraft im wahren sozialen Sinne zu schützen.“

#### Vom Demobilisationsauschuss

In der hier und da in der Öffentlichkeit vertretenen Auffassung, daß es für die Demobilisationsauschüsse keine B-tätigung mehr gäbe, und daß ihre Auflösung sich empfehle, wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß diese Meinung unrichtig sei. Vielmehr hat der Demobilisationsauschuss noch zahlreiche Aufgaben im Interesse der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, der Arbeitslosen und der gesamten Zivilbevölkerung zu erfüllen. Die Demobilisationsauschüsse sind Zubehörsorgeweise und zwar sehr stark beansprucht durch die Ausführung der Verfügungen über die Entlassungen auswärtiger Arbeitnehmer, durch das Verbot der Einstellung von solchen und schließlich durch die Entlassung von Personen, die nicht auf Erwerb angewiesen sind.

#### Werkshulenausstellung

vom 17. bis 24. September 1920 im Lichthof der Technischen Hochschule zu Charlottenburg. Die Ausstellung, die ein über-sichtliches Bild über die Einrichtungen und Leistungen der Lehrlingswerkstätten und Werkshulen der auf diesem Gebiete führen-

den Firmen und über die einschlägigen Arbeiten des Deutschen Auschusses für technisches Schulwesen geben will, ist werktäglich von 9 bis 6 Uhr geöffnet, am Sonntag, den 19. d. Mts. von 9 bis 12 Uhr.

Betriebsräte, Obsteute und Vertrauensleute, die laut Betriebs-rätegesetz verpflichtet sind, sich um die Ausbildung der Lehrlinge zu kümmern, seien auf diese Ausstellung besonders hingewiesen, denn überwiegend bringt die Ausstellung Anregungen und Material für die neuzeitlich aufgestellten Ausbildungspläne für die Metallindustrie.

Millionenbewilligungen für Wohnungszwecke in Charlotten-burg. In der letzten Charlottenburger Stadtorordneten-versammlung wurden vier Millionen Mark zur Herstellung von Woh-nungen und Bornahe von Wohnungsteilungen bewilligt. Eine weitere Vorlage, die neun Millionen für den Neubau eines Wohnhauses fordert, das in der Kaiserin-Augusta-Allee, zwischen Neues Ufer und Wiebestr. mit 135 Wohnungen errichtet werden soll, wurde vertagt. Weiter wurde zweieinhalb Millionen Mark als Bürgschaft für die erste hypothetische Forderung bewilligt, die die Stadtgemeinde mit 50 000 M. auf etwa 50 Einfamilien-häuser übernimmt, die von der Baugesellschaft Berlin-Heerstraße in der Nähe des Bahnhofes Heerstraße errichtet werden.

Wohnlauben und Baupolizei. Zu der in Nr. 382 mitgeteilten Magistratsvorlage betr. Ausbau von Wohnlauben wird von einer unserer Leser die Befürchtung geäußert, daß der Plan an den bau-polizeilichen Vorschriften scheitern könne. Er selbst habe, um der Wohnlauben mit Steuern zu helfen, auf seiner 1000 Quadratmeter großen Parzelle in Heinersdorf eine Wohnlaube aus Holz, doppelt verschalt, mit Dachrinne eingeklebt, für zwei Familien aufgebaut, da sich sein Sohn im Oktober verheiratet wollte. Es wäre dadurch eine Wohnung frei und eine zweite instandig geworden. Die Wohn-laube umfaßt aber nur 72 Quadratmeter (3 Stuben, 2 Kichen und Flur), während eine veraltete Baupolizeiverordnung nur 30 Quadratmeter zuläßt. Bereits seit einem halben Jahr kämpft der Einkerder deshalb schon darum, die Laube besetzen zu dürfen. Man muß ihm deshalb wohl recht geben, wenn er fordert, daß zuerst einmal die Baupolizeivorschriften den neueren Verhältnissen angepaßt werden.

Kohle aus Asche. Unter dieser Überschrift ist in einer Presse-meldung ausgeführt, daß das Gaswerk Lichtenberg mit dem von der Friedrich Krupp Akt.-Ges., Magdeburg, erbauten Apparat „Magnetscheider Baurat Ulrich“ Versuche angestellt hat, und daß hierbei so günstige Ergebnisse erzielt worden sind, daß der Magistrat in Lichtenberg der Stadtorordnetenversammlung die Beschaffung eines derartigen Apparates empfiehlt. — Die Direktion der Städtischen Gaswerke teilt mit, daß sie seit Jahrzehnten mächtele Schlacken-mäshen auf den Gaswerten Danziger Straße, Schmaragdort und Tegel in Betrieb hat, um das Brennmaterial aus den entfallenden großen Schlackenmassen zu gewinnen. Da dieses Verfahren zur reiflichen Abhebung der brennbaren Bestandteile noch nicht fähig, sind bereits seit Beginn des Jahres mit dem neuen Magnetscheider-Verfahren, Baurat Ulrich, weitere Versuche angestellt, die ebenfalls so günstig ausgefallen sind, daß für die Erwerbung der Tegel-Schlackenaufbereitungsanlage der Betrag von 900 000 Mk. von den Ge-meindebehörden gefordert worden ist.

Lichtenberg. Die Sachverständigen des Lichtenberger Magistrats bitten uns, unsere Leser auf die Möglichkeit des Vorzugs-larientenverkehrs für die vom städtischen Volkshüterhaltungsausschuss geplanten Volkskassen aufmerksam zu machen. Die Vorzugsarten zum Preis von 3 Mark gewähren dem Erwerber die Sicherheit der Teilnahme an sechs Volkshüterhaltungsbänden zum ermäßigten Preise von 2,50 Mark (statt 3,50 Mark) für den Einzelband. Wie die Stadtorordneten Genosse Gabel, Richter und Trütz in einem Aufruf an die Bevölkerung ausgeführt haben, sollen die Vorzugsarten möglichst allen Bewölke-rungsteilen die Teilnahme an den städtischen Kunstver-anstaltungen ermöglichen. Die Kartenausgabe (u. a. Schulabteilung, Rathausstraße 10, Baracke 2) findet nur bis zum 26. September statt. Ein großer Teil der Karten ist bereits verkauft. Es wird daher den Lesern unserer Zeitung der baldige Vorzug-larten-lauf empfohlen. Die ersten Abende am 27. und 28. September sehen ein Konzert des Bläser-Orchesters vor.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Vielfach heiter und am Tage etwas mild, aber ver-änderlich mit Regen und mäßigen südlichen Winden.

### Aus den Organisationen

Die Genossen aller Berliner Distrikte treffen sich Sonntag früh 8 Uhr in ihren Zahlabendlokalen.

Wenig. Gruppenleiter, Wahlresultate für das Bezirksamt beim Vorstehen-der, 12. 12. 1919. Im Sonntag, den 12. d. Mts. findet für die 7. Städtische Altersheimbesuchung, Mittwoch, den 9. d. Mts. die Altersheimbesuchung statt. Es ist Pflicht aller, am Abend der jeweiligen Schule besuchenden Eltern, zur Wahl zu erscheinen und für die Wahl Stimme zu geben.

### Bereinskalender

Freie jugendliche Jugend (Wohngebiet Ost). Öffentliche Jugendbesam-mungen in Ralberge und Derslage, vormittags 10 Uhr, nachmittags 2 Uhr. Treffpunkt der K. A. Ost Sonntag früh, 7 Uhr (Wiesener Bahnhof).

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebschütz, Berlin-Friedrichs. Ver-antwortlich für den Inhalt: Ludwig Komert, Berlin. — Druck der „Freiheit“, Drucker G. m. b. H., Berlin K. 2, Trebitschstraße 84.

**Selbit**  
kann jede Hausfrau mit den besten  
**PULS**  
stoffbar n  
entkalkend wirken!  
**schellack, Leim**  
zahlreiche Preise  
Möbelgeschäft Rosenthal  
Wriezenerstr. 42.

**FREIE WELT**  
Heft 35  
Der internat. Jugendtag  
in Berlin  
Karikaturen von Arbeitern  
Nationale Hatz und inter-  
nationale Solidarität  
Preis des Heftes 60 Pf.

Annahme in allen Expeditionen des Ver-  
lages. — Geschäftsstelle: Berlin K 2,  
Trebitschstraße 84

## Kleine Anzeigen

**Verkäufe**  
Kreuzschiffe, Herren-Ob-  
und Sportkleid, alle Arten  
und Herrenkleidung kaufen Sie  
zu billigen Preisen im Ver-  
kauf Rosenhater Straße 14 I.  
(Kleine Kommandantenstr.)  
**Möbelverkauf**, Hr. Frank-  
furter Str. 141, Jusselbehr, 6,  
gibt jedermanns Kredit. Große  
Auswahl in 1-2-Stübchen-Ein-  
richtungen, bunten Möbeln,  
einigen Bildern.  
**Kleines Herren-  
garderobe** vollständig über-  
schüssig. Im Preis-Verhältnis  
nur Kollertstraße 91, Stanton  
Cottbuser Str. haben Sie  
elegante, fertige, in eigener  
Werkstatt hergestellte Herren-  
garderobe bis 50%, billiger wie  
bisher vor. Jedem ange-  
kauft, auch langjährige,  
Cottbuser, Ulmer, Ma-  
rengardisten, Herrenkleid. Ge-  
schäftstag 1-7, Besichtigung  
unbedingt lobend.  
**Halbwandl Kreuzschiffe**,  
Wasserschiffe, alle Personen,  
Mastensystem, Polypen-  
Kontrollen, Dampf, neben Jahr-  
zahl, Eing. Verhältnisse.  
**Kaufgegenstände** Selbst-  
gekauft eleganter Herrenkleid  
200 Mark. Kaufgegenstände  
240. Schulstraße 188, Kauf,  
Wriezenerstr. 42, Kaufgegen-  
stände.  
**Druckerei** zu verkaufen im  
Wriezenerstr. 24, Kaufgegenstände.  
**Tabakpreise** Deibel, Neu-  
sch, Oster Straße 69.  
**Wandlauerwerkzeug** Frisch,  
Landsberger Straße 13.

**Den  
allergrößten  
Erfolg haben die  
kleinen Anzeigen  
in der Abend-  
ausgabe der  
Freiheit**

**Fahrräder**  
Wahrscheinlich 65.— Mk.  
Schlachte 22.—, Ostsee, Ostsee  
Weg 18.  
**Werkzeuge  
u. Maschinen**  
Spiralbohrer kauf gegen  
solcherer Kaffe. Schuler,  
Friedrichs, Wriezener Str. 6,  
Wriez. 477.  
**Werkzeuge** kauf  
Schulze, Wriezener Str. 19.  
Spiralbohrer kauf jeden  
Tages Lager Str. 13, Eingang  
Kreuzstr., Laden.  
Spiralbohrer, 500 p.c.,  
kauf Müller, Reichstr.,  
Friedrichs, 6, Ostsee, 1.  
**Verchiedenes**  
Erfinder, Patentbesitz  
Pachler, Cottbuserstr. 14  
Wriezener 1900.  
Fremdwörterlexikon  
Wriezener Str. 7.  
**Anfiedelungen**  
Rosenthal  
Erbbaurecht, 200 p.c.,  
Wriezener, Ostsee,  
Wriezenerstr. 42, Ostsee.